

1360 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des  
Bundesrates

B e r i c h t  
des Unterrichtsausschusses

über den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 29. April 1975  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Schulaufsichts-  
gesetz geändert wird

Durch den vorliegenden Gesetzesbeschluß des Nationalrates  
sollen einige Bestimmungen des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes im  
Zusammenhang mit dem Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom  
29. April 1975 betreffend die 5. Schulorganisationsgesetz-Novelle,  
novelliert werden. Weiters ist vorgesehen, daß der Amtsdirektor  
des Landesschulrates unabhängig von seiner Dienstklasse bzw. seiner  
Anstellung als Landes- oder Bundesbeamter immer vom Bundespräsi-  
denten zu bestellen ist. Außerdem soll die Möglichkeit bestehen,  
daß neben Beamten des Schulaufsichtsdienstes und rechtskundigen  
Verwaltungsbeamten auch der schulärztliche Referent des Landes-  
schulrates, Beamte des schulpсихologischen Dienstes oder andere  
fachkundige Beamte mit der Leitung einer Abteilung oder Unterab-  
teilung betraut werden können.

Der Unterrichtsausschuß hat die gegenständliche Vorlage in  
seiner Sitzung vom 21. Mai 1975 in Verhandlung genommen und ein-  
stimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Ein-  
spruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Unterrichtsausschuß  
somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Gesetzesbeschluß des Nationalrates vom 29. April 1975  
betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundes-Schulaufsichts-  
gesetz geändert wird, wird kein Einspruch erhoben.

Wien, am 21. Mai 1975

Dipl.-Ing.Dr. F r ü h w i r t h

Berichterstatter

Hofmann-Wellenhof

Obmann